

»eng mit den Interessen der großen Energieversorger verknüpft«, sondern gehört zu 95% dem deutschen Städtetag, des Verbandes der Großstädte also, deren Mitglied auch die Stadt Flensburg ist. Die restlichen 5% gehören dem Verband öffentlicher Verkehrsunternehmen. Der Redakteur hat nicht gewissenhaft recherchiert. Sein Gedankengebäude mit den »grauen Haaren des Ministers« fällt daher in sich zusammen. Faktenquellen hätten ihm zur Verfügung gestanden, aber offenbar paßten die Fakten nicht in seine Hypothese.

Die in dem Artikel vom 29. Dezember angesprochene Möglichkeit der Lieferung von Überschlußstrom in das Verbundnetz hat mit der Rechtsform der Stadtwerke überhaupt nichts zu tun. Die Unterstellungen entbehren ebenso jeder Grundlage, wie diejenigen im Zusammenhang mit der Prüfungsgesellschaft.

Eine Gegendarstellung die zwar nicht der Form einer Gegendarstellung genügt, aber eine Fundgrube von Argumenten ist.

(...von einer Aufzählung der einzelnen Fakten möge man uns im Interesse des Unternehmens entbinden...)

Die Gegendarstellung hat keine Fragen ausgeräumt:

## FLENSBURG AVIS

Dienstag, den 4. Januar 1983

# Der Widerstand gegen die Ausflagung formiert sich

Viele Fragen zum Thema »Stadtwerke-GmbH« — Warum zum Beispiel diese hektische Eile?

Der Widerstand der Bürger gegen die beabsichtigte Ausflagung der Stadtwerke in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) formiert sich. Jetzt hat die Flensburger Bürgerinitiative gegen Atomanlagen ein Flugblatt herausgegeben, in dem etliche Fragen aufgeworfen werden.

»Wieviel Zeit bleibt uns noch?« fragt die Bürgerinitiative. Oberbürgermeister Dr. Bodo Riecher nicht eingeweiht? Scheidung sei bereits gefallen und sogar einstimmig: »Keines der Ratsmitglieder wagte es, Zweifel anzumelden oder war dazu in der Lage, wegen des angeblich so komplizierten Sachverhalts.«

Dabei seien doch noch so viele Fragen offen: »Wer hat die WIBERA-Wirtschaftsberatung in Düsseldorf beauftragt, ein Gutachten zu erstellen und wie lautete der Beratungsauftrag? Warum wurde das Ergebnis des Gutachtens bislang nicht veröffentlicht?«

Warum keine öffentliche Diskussion, da doch alle Flensburger Bürger wegen der zu künftigen Tarifgestaltung betroffen sind und auch Auswirkungen auf das »Modell Flensburg« zu befürchten sind?« Die Bürgerinitiative kündigt noch weitere Fragen an. Zunächst aber sei sie daran inter-

essiert, ob die Stadtwerke Flensburg es schon versucht haben, durch höheren Stromabsatz an die SCHLESWAG oder die NWK auf ehrliche Art und Weise — also nicht durch Steuertricks — Geld zu verdienen. In diesem Zusammenhang wird gefragt: »Gab oder gibt es Verhandlungen mit SCHLESWAG oder anderen Energiekonzernen? Wenn ja, welche Ergebnisse haben die Verhandlungen erbracht?«

Warum keine öffentliche Diskussion, da doch alle Flensburger Bürger wegen der zu künftigen Tarifgestaltung betroffen sind und auch Auswirkungen auf das »Modell Flensburg« zu befürchten sind?« Die Bürgerinitiative kündigt noch weitere Fragen an. Zunächst aber sei sie daran inter-

essiert, ob die Stadtwerke Flensburg es schon versucht haben, durch höheren Stromabsatz an die SCHLESWAG oder die NWK auf ehrliche Art und Weise — also nicht durch Steuertricks — Geld zu verdienen. In diesem Zusammenhang wird gefragt: »Gab oder gibt es Verhandlungen mit SCHLESWAG oder anderen Energiekonzernen? Wenn ja, welche Ergebnisse haben die Verhandlungen erbracht?«

Warum keine öffentliche Diskussion, da doch alle Flensburger Bürger wegen der zu künftigen Tarifgestaltung betroffen sind und auch Auswirkungen auf das »Modell Flensburg« zu befürchten sind?« Die Bürgerinitiative kündigt noch weitere Fragen an. Zunächst aber sei sie daran inter-

keinen wirtschaftlichen Vorteil. Es besteht die große Gefahr der Verwässerung des »Modells Flensburg« durch Änderung des Unternehmensziels (Gewinnmaximierung), durch Änderung der Kontroll- und Aufsichtsgremien, durch die vorgesehene Beteiligung Dritter (eventuell großer Energiekonzerne, denen die »Flensburger Verhältnisse« schon lange ein Dorn im Auge sind!«